



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS  
LANDESVERBAND BERLIN

Kurt-Schumacher-Haus  
Müllerstraße 163  
13353 Berlin

ARBEITSGEMEINSCHAFT  
SELBST AKTIV  
Menschen mit Behinderungen in der SPD

Landesvorsitzende:  
Mechthild Rawert

[Zielgruppen.Berlin@spd.de](mailto:Zielgruppen.Berlin@spd.de)

Hotline: 030 - 4692-222  
Fax: 030 - 4692-29 212

## **Mitteilung zum Tag der Menschenrechte**

### **Das Recht auf inklusive Berufsausbildung auch tatsächlich umsetzen**

Anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte am 10. Dezember legt das Deutsche Institut für Menschenrechte dem Deutschen Bundestag seit 2016 einen Jahresbericht über die **Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland** vor. „Junge Menschen mit Behinderungen: anerkannte Berufsausbildung statt Sonderwege“ ist ein zentrales Thema des nun vorgelegten fünften Berichtes. Kritisiert wird, dass Jugendliche mit Behinderungen in Deutschland kaum die Chance haben, eine Ausbildung in einem regulären Ausbildungsberuf zu beginnen. Deutschland ist gemäß der in der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) verankerten Rechts auf Bildung (Art. 24 UN-BRK) und dem Recht auf Arbeit (Art. 27 UN-BRK) zu einer inklusiven beruflichen (Aus-) Bildung verpflichtet.

Es ist mit der UN-BRK nicht vereinbar, zwei parallele Systeme aufrecht zu erhalten - ein reguläres Ausbildungssystem und ein spezielles System nur für Menschen mit Behinderungen. Dies führt nachweislich zu einer andauernden Diskriminierung und Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen im Erwerbsleben: Nur ein Drittel der Männer und sogar nur ein Fünftel der Frauen mit Beeinträchtigungen sind erwerbstätig.

#### **Berufsausbildung für alle – Gleiche Chancen für alle**

Menschenrechte sind unteilbar. Alle Menschen müssen die gleichen Chancen haben, in unserer Gesellschaft ein gutes Leben führen zu können. Ein Schlüssel für ökonomische Unabhängigkeit, für eine selbstbestimmte Lebensgestaltung und Teilhabe am sozialen Leben ist die Berufsausbildung und eine daran anschließende Erwerbstätigkeit. Dieses gilt gleichermaßen für Jugendliche mit und ohne Behinderung.

Derzeit haben Jugendliche mit Behinderungen nur einen eingeschränkten Zugang zum allgemeinen System der dualen Berufsausbildung – nur rund 10 Prozent der circa 50.000 Schulabgänger\*innen mit einem Förderbedarf absolvieren eine reguläre Ausbildung mit anerkanntem Abschluss. Ein Grund für diese geringe Zahl ist bereits der Schulbesuch: Die Mehrheit der Schüler\*innen mit sonderpädagogischer Förderung besucht Förder- und Sonderschulen. Fast drei Viertel der Schuler\*innen verlassen diese aber ohne Schulabschluss. Vielen Jugendlichen mit Behinderungen wird beim Übergang von der Schule zum Beruf erneut nur eine spezielle Sondermaßnahme angeboten: die im Anspruch reduzierte Fachpraktiker-

Ausbildung, eine Form, die kein anerkannter Beruf ist, was eine (Weiter-)Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt sehr erschwert. Andere gehen in den Berufsbildungsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen. Über die Hälfte der Jugendlichen mit Beeinträchtigung erlernt gar keinen Beruf – auch angesichts des allgemeinen Fachkräftemangels ein Skandal. Damit viele Jugendliche mit Behinderung tatsächlich eine Ausbildung machen können, braucht es sowohl gesetzliche Verpflichtungen zu inklusiven Ausbildungsstrukturen als auch zur umfassenden Barrierefreiheit in den Unternehmen und Berufsschulen. Zur Barrierefreiheit gehören nicht nur entsprechende bauliche, technische und digitale Maßnahmen sondern auch Ausbilder\*innen mit Inklusionskompetenz und ebenso spezifische Informations- und Beratungsangebote sowie finanzielle Unterstützungen für Arbeitsstätten. Es gibt bereits zahlreiche gute Ansätze und Initiativen. So hat der Deutsche Bundestag im Berichtszeitraum die Möglichkeit von Teilzeitausbildungen erleichtert und die Assistierte Ausbildung mit anderen Hilfen verknüpft. Nutzen wir die Chancen – Stoppen wir die Diskriminierung und Exklusion junger Menschen mit Behinderungen.